

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Nachrichten

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Linz a. D.
Redaktion, Verwaltung u. Expedition: Linz, P. omenade 11, Tel. Aut. 4103. Redaktionsschluß am 15. jeden Monats
Erscheint monatlich einmal. Für Nichtmitglieder 15 Groschen.

Nr. 5

Linz an der Donau, Mai 1931.

9. Jahrgang.

Das „Sofort-Programm“ des Zentralverbandes zum Teil erfüllt.

Wie bereits mitgeteilt, haben die Kriegsoffer Oesterreichs durch den Zentralverband der Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen der Regierung Forderungen überreicht, die eine Erhöhung der Rentensätze aller Kategorien zum Inhalte hat. Es sind die Forderungen, die seit dem Jahre 1927 Gegenstand wiederholter Beratungen waren, die jedoch bisher mangels der erforderlichen Mittel nicht erfüllt werden konnten. Der Zentralverband hat daher neben diesen Forderungen auch ein sogenanntes „Sofort-Programm“ überreicht, das zur Hauptsache eine Verbesserung der Lage der Kriegsoffer auf Grund von Ersparungen in der Verwaltung beinhaltet.

Eine dieser Forderungen des „Sofort-Programmes“ wurde bereits erfüllt. Die Vertreter der Organisationen hatten eine Aussprache mit Sektionschef Dr. Hof beim Ministerium für soziale Verwaltung, bei welcher Gelegenheit dieser den Organisationsvertretern bekanntgab, daß ein Erlaß des Ministeriums für soziale Verwaltung hinausgeht, der die Invaliden-Entschädigungs-Kommissionen anweist, in Zukunft vor allem Dauerrenten zuzuerkennen. Die Befristungen sollen nicht kürzer sein als drei Jahre. Sollte es nicht angezeigt erscheinen, die Rente mit drei Jahren zu befristen, so ist das Bureau nicht be-

rechtigt, unter dieses Zeitmaß hinunterzugehen, ohne vorher dem Bundesministerium für soziale Verwaltung Bericht erstattet zu haben. Die Invaliden-Entschädigungs-Kommissionen werden angewiesen, diesbezüglich auf die ärztlichen Sachverständigen einzuwirken, und begründet wird diese Maßnahme damit, daß das Gesetz in erster Linie Dauerrenten im Auge hat und der Motivenbericht nur empfiehlt, für die erste Begutachtung, wenn es notwendig ist und voraussichtlich keine Besserung zu erwarten ist die Rente mit einem Jahr zu befristen. Das Ministerium rügt es, daß die Praxis ergeben hat, daß Dauerrenten die Ausnahme und befristete Renten, nicht selten sogar mit einem halben Jahr befristet, die Regel bilden. Zur Abstellung dieser Zustände wird der Erlaß herausgegeben.

Durch diese Erfüllung eines Punktes der Forderung des „Sofort-Programmes“ werden sich sicherlich nicht unbedeutende Ersparnisse erzielen lassen, da eine ganze Reihe von Amtshandlungen und Begutachtungen, Verhandlungen bei der Schiedskommission entfallen. Diese Ersparungen können dann im Laufe des Jahres wieder für Zwecke der Kriegsofferfürsorge in Form von Notstandsunterstützungen verausgabt werden.

Der Verbandstag 1931.

Der nächste Verbandstag steht im Zeichen der schwersten wirtschaftlichen Krise, die auch an den Kriegsoffern nicht vorübergegangen ist.

Ungeheuer groß ist in der ganzen Welt das Heer der Arbeitslosen, die infolge der Absatzkrise und der Rationalisierung keine Beschäftigung mehr finden können. Besonders die kleinen Staaten, die infolge der Friedensverträge verstümmelt wurden, leiden unsagbar unter den Auswirkungen dieser Krise.

Auch das Land Oesterreich leidet unsagbar unter den gegebenen Verhältnissen, da es durch den Friedensvertrag nahezu lebensunfähig geworden ist. Nur mehr der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet kann die Katastrophe verhindern, die Wirtschaft wenigstens etwas beleben. Die Versuche wurden bereits unternommen, ein wirtschaftlicher Anschluß an Deutschland und Zollrevisionen sind eingeleitet und werden hoffentlich ein positives Ergebnis zeitigen.

Seit 1927, seit der 9. Novelle zum I.-E.-G., führt der Zentralverband einen ständigen Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Kriegsoffer. Nur ganz bescheidene Erfolge konnten erzielt werden, Erfolge, die weit davon entfernt sind, die Kriegsoffer auch nur halbwegs zufrieden zu stellen. Lediglich Gnadengaben, sogenannte Notstandsunterstützungen wurden bewilligt, die Novel-

lierung des Gesetzes, die Rentenerhöhungen, sie wurden bis heute noch nicht durchgeführt. Durch Jahre hindurch wurde versprochen, daß nach Einlangen der Anleihe auch die Frage der Kriegsoffer einer günstigen Lösung zugeführt wird. Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen gelang es der Regierung endlich, einen Teil der Anleihe zu erreichen, und trotzdem wurde das Kriegsofferproblem nicht zufriedenstellend gelöst.

Der Staat selbst befindet sich in einer Krise und die letzten Maßnahmen der Regierung und des Finanzministers, sie beweisen deutlich genug, daß die Regierung nicht daran denkt, endlich grundlegend die Fragen der Kriegsoffer zu behandeln.

In Anerkennung der tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten hat der Zentralverband seine Forderungen neuerdings nach dem Zusammentritt der Regierung überreicht, dazu aber eine Ergänzungsforderung, das sogenannte „Sofort-Programm“, das hauptsächlich Ersparungen durch Vereinfachung und Abbau der Verwaltung zum Inhalte hat, der Regierung übergeben. Der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Resch, und Bundeskanzler Dr. Ender haben zugesagt, daß sie diese Forderungen prüfen und nach Möglichkeit auch erfüllen werden.

Ein Punkt dieser Forderungen des „Sofort-Programmes“, der insbesondere auch eine Beruhigung für die